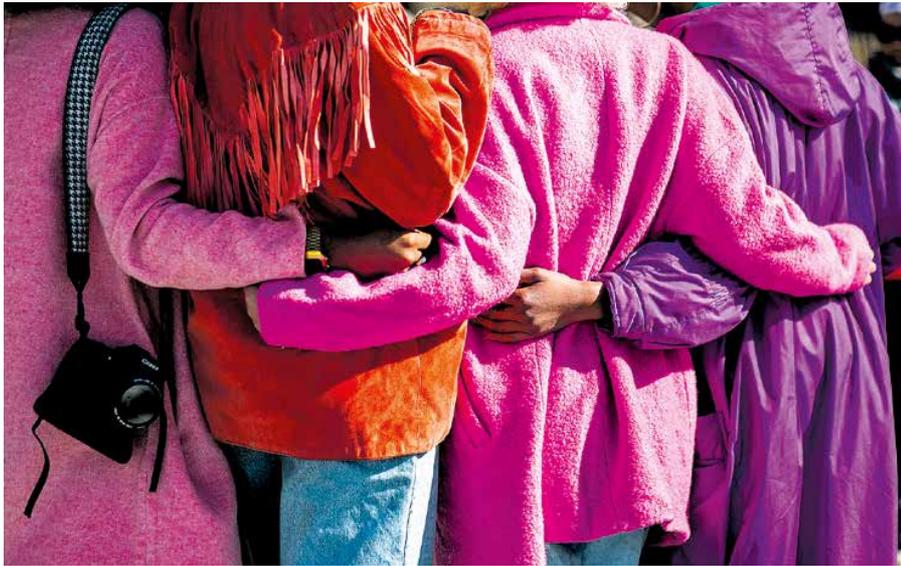


www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Zustellung Tel. 030-25 902 123



das ausgehen-auch-für-arme-wetter

Die kostenintensive Einkehr zu Aperol Spritz, Rotwein oder Wodka Red Bull ist schon lange wieder möglich. Nun ist laut Erlass auch die günstige Alternative des Wegbiere pandemiekonform: Auf die Straße, trotz leichten Gewitters, 19 bis 21 Grad

nachricht

Bremer*innen dürfen Streitpartei wählen
Die Bremer AfD kann bei der Bundestagswahl doch mit Zweitstimme gewählt werden. Das hat der Bundeswahlprüfungsausschuss am Donnerstag nach einer Beschwerde der AfD entschieden. Der Landeswahlprüfungsausschuss hatte zuvor die Zulassung der Bremer Landesliste abgelehnt, weil die Schriftführerin sich nach einem parteiinternen Streit geweigert hatte, den Wahlvorschlag mit einer eidesstattlichen Erklärung zu versehen. Bundeswahlleiter Georg Thiel sprach von einer rechtlichen Lücke: Es dürfe nicht sein, dass eine einzelne Person durch die Verweigerung der Unterschrift eine Wahlversammlung sprengt. (taz/dpa)

Wer beim Projekt „Ginger“ mitmacht, kann erforschen, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt steht
Foto: Voneica Carswell/unsplash

heute in bremen

„Die Illusion beherrschbarer Atomwaffen“

Interview Alina Götz

Protestaktion für atomare Abrüstung in Bremen
anlässlich des 76. Jahrestags des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki: 12 Uhr, Marktplatz

taz: Frau Bläß, Sie stellen heute auf einem Stadtplan Todesopfer eines möglichen Atombombeneinsatzs dar. Warum so drastisch?
Sabrina Bläß: Es ist einfach wichtig, das Thema wieder hervorzuheben und sichtbar zu machen, welche Auswirkungen Atomwaffen haben können. Aktuell wird das in Deutschland, vor allem in politischen Debatten, nicht aktiv behandelt. Jeder hat von Nagasaki und Hiroshima gehört und weiß von den Folgen. Aber es ist im kollektiven Bewusstsein leider sehr verloren gegangen. Um die reale Bedrohung bewusst zu machen und zu zeigen, wie Folgen hier in Bremen aussehen könnten, haben wir uns entschieden, das zu visualisieren. Für die Karte gibt es zwei Schablonen, die die Sprengkraft der Bombe von Hiroshima und des US-Typs darstellen, wie sie in Büchel gelagert wird.

Warum gibt es eine reale Bedrohung?
Zum einen verschärft sich die Situation zwischen Russland und den USA zusehends, ebenso zwischen China und Russland. Der kommandierende Admiral der US-strategischen Streitkräfte, Admiral Richard, hat im Frühjahr gesagt, dass sich die Situation fundamental geändert habe und ein Atomkrieg im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten realistisch sei. Die Bedrohung liegt auch an den Fortschritten in der Atomtechnik: Es gibt auch leichtere und variable Sprengsätze. Das verleitet die Menschen zu der Illusion justierbarer oder beherrschbarer Atomwaffen.

Was genau deponiert die USA in Büchel?
Deutschland ist keine Atommacht, aber ein Land mit erweiterter atomarer Teilhabe. Das bedeutet, dass hier atomare Sprengsätze stationiert sind: in Büchel Bomben des Typs B61/7. Die verfügen über eine Sprengkraft, die 13 Mal stärker ist als die Bombe von Hiroshima. Im Falle eines Atomkriegs sind deutsche Pilot*innen verpflichtet, diese Sprengsätze im Auftrag der USA an Orte zu fliegen und sie auch abzuwerfen. Wir wären dann direkt einbezogen.

Hat die Landesregierung Einfluss auf die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags, die Sie fordern?

Sie kann Druck aufbauen. Alle Landeshauptstädte haben sich schon für die Unterzeichnung eingesetzt. Jetzt vor der Wahl müssen Wähler*innen und Politiker*innen überall die Möglichkeit nutzen, das Thema auf die Agenda zu setzen.

Warum ist Greenpeace heute dabei und kooperiert unter anderem mit dem Bremer Friedensforum und der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung?

Das Bewusstsein für das Thema hat sich bei Greenpeace in den letzten Jahren verstärkt. Frieden ist nicht trennbar von Klimaschutz: Wenn Ressourcen knapp werden, schürt das Konflikte und militärische Auseinandersetzungen. Darunter leiden viele Menschen, die ohnehin schon von der Klimakrise betroffen sind. Es ist spannend, wie dadurch das Bewusstsein der Gründungstage von Greenpeace wieder stärker wird.



Sabrina Bläß 30, ist Aktivistin und zuständig für den Aktionsbereich Frieden bei Greenpeace Bremen.

Alle dürfen forschen

Raus aus dem Elfenbeinturm: Die Uni will ihre Forschung für Bürger*innen öffnen. In den Projekten geht es um Pflege, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Mobilität im Alter

Von Lisa Bullerdiek

Nicht über, sondern mit Menschen sprechen: Das ist das Wissenschaftsverständnis, das an der Universität Bremen vier Projekte vertreten. Bürger*innen können bei der Forschung mitmachen, zum Beispiel selbst Interviews führen oder auswerten.

Partizipative Forschung, Bürgerforschung, Citizen Science: Das sind ein paar der vielen Namen für das, was in den vier Projekten gerade versucht wird. Keine neue Idee, denn schon 1900 zählten in den USA zu Weihnachten Menschen ohne ornithologischen Hintergrund Vögel. Aber eine mit Zukunft, findet das Bundesministerium für Wissenschaft und Technik und fördert die Projekte mit jeweils bis zu 600.000 Euro.

„Wir wollen Verständnis auf Augenhöhe“, sagt Sarah Göhmann vom Projekt „Ginger“. Es startet im Herbst und soll gesellschaftlichen Zusammenhalt erforschen. Die Idee sei, dass Menschen den gesamten Forschungsprozess mitmachen, auch wenn sie selbst nicht aus der Wissenschaft kommen. Im Falle von „Ginger“ sieht das so aus: Zunächst gibt es eine kurze Bewerbungsphase im Sommer, das Team verteilt Flyer und Pla-

kate, spricht mit Jugend- und Quartiersvereinen in der Stadt, um interessierte Menschen zu finden. Danach sollen in kleinen Workshops die Grundlagen der sozialwissenschaftlichen Forschung erlernt werden. Das sei aber möglichst unkompliziert

Interessierte können forschen, indem sie auf einem Tablet die Zeit dokumentieren, die sie mit der Pflege von Angehörigen verbringen

gestaltet, sagt Göhmann: „Wir schmeißen den Leuten nicht Begriffe wie Reliabilität oder Validität an den Kopf, sondern arbeiten aus ihrer Erfahrung heraus.“ Die Wissenschaftler*innen helfen dann den Bürger*innen bei der Umsetzung ihrer eigenen Forschung – in ihrer Nachbarschaft zum Beispiel oder im Fußballverein. Wie sie sich einbringen wollen, sei den Menschen freigestellt, sagt Göhmann, niemand verpflichte sich zu irgendetwas.

„Wir haben eigentlich zwei Ziele“, sagt Tanja Kruse vom So-

cialium Bremen. Sie betreut ein anderes Bürgerforschungsprojekt, durch das die Bedingungen für Pflegende im Ammerland verbessert werden sollen. „Wir möchten inhaltlich forschen, aber auch gucken, wie Bürgerforschung gut gelingen kann“, sagt Kruse. Dafür arbeitet das Team mit der Kreisvolkshochschule im Ammerland zusammen. Dort sollen sich die interessierten Menschen zukünftig treffen. Gerade läuft online die Vortragsreihe des Projekts, ab Januar können interessierte Menschen in einer Forschungswerkstatt wissenschaftliches Arbeiten lernen und im Anschluss selbst forschen – zum Beispiel, indem sie auf einem Tablet die Zeit dokumentieren, die sie mit der Pflege von Angehörigen verbringen.

In Bremen gibt es neben „Ginger“ und dem Pflegeprojekt „Be Wizzard“ noch „Afoot“ zum Thema Mobilität im Alter sowie ein Projekt, bei dem Bürger*innen für das Geologische Institut Steine sammeln können. „Ginger“ und „Be Wizzard“ werden vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gefördert, so wie 13 andere Projekte bundesweit.

Mit Aufnahmegeräten und Statistikprogrammen beladene

Reintner*innen und Jugendliche – das liegt im Trend. Unis wie Frankfurt und Düsseldorf verstehen sich schon als Bürgeruniversitäten.

Eine realistische Idee? „Dazu muss man erst mal die Ressourcen haben“, sagt Sarah Göhmann, „wir können den Leuten nichts zahlen. Es ist also ehrenamtlich.“ Dessen sei man sich aber bewusst, sagt Göhmann, und deswegen sei das Projekt möglichst flexibel, kostenlos, die Einstiegschürden niedrig. „Eigentlich wollen wir besonders die Leute ansprechen, die sonst mit Wissenschaft nicht viel zu tun hatten“, sagt sie. Und letztendlich könne das Projekt ja auch selbst gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, durch mehr Vertrauen in und Verständnis für Wissenschaft.

Und auch „Be Wizzard“ sieht sich nicht bloß als Forschungsprojekt. Die Forscher*innen wollen auch ältere Leute zusammenbringen, Einsamkeit vorbeugen und älteren Menschen eine Aufgabe geben und so positive Aspekte des Alterns hervorheben, sagt Tanja Kruse. „Be Wizzard“ läuft jetzt noch drei Jahre, „Ginger“ vier. „Unsere Aufgabe als Wissenschaft ist die“, sagt Kruse: „Erkenne ein Problem und löse es.“

AfD soll ausgegrenzt werden

Die Jugendorganisationen von SPD, Grünen und Linken fordern, die AfD konsequent zu meiden: Die Presse sollte nicht mit ihr sprechen, Podien mit ihr abgesagt werden und politische Koalitionen tabu sein

Von Alina Götz

Jusos, Grüne Jugend und Linksjugend Bremen haben Medien und gesellschaftliche Organisationen dazu aufgefordert, die AfD nicht zu Interviews oder Diskussionen einzuladen. So steht es in einem gemeinsamen Papier zum Umgang mit der Partei im Wahlkampf. „Gastkommentare und Statements der AfD dienen nur der Verbreitung ihrer Inhalte – demokratischer Diskurs kann auf faschistisches Gedankengut verzichten.“ Die Forderung richtet sich auch an Schulen.

Zudem wenden sich die drei Jugendorganisationen an alle Parteien: Diese dürfen keine Koalition mit der AfD eingehen,

auch „entsprechende Vorstöße aus ihren eigenen Reihen“ müssten zurückgewiesen werden. „Schon die Gedankenspiele über mögliche Bündnisse sind brandgefährlich und dienen lediglich der Verschiebung des Diskursraums.“ Das gelte auch für parlamentarische oder außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD, heißt es in dem Papier. Auch „Bürgerinitiativen, Kampagnen für Volksbegehren und Gruppen der politischen Partizipation sollten ihr Verhältnis zu Funktionär*innen und Politiker*innen der AfD überprüfen und beenden.“

Jusos, Grüne Jugend und Linksjugend wollen außerdem, dass die ganze Partei vom Verfassungsschutz beobachtet wird –

aktuell passiere dies nur teilweise. Auch ein Verbotsverfahren aufgrund ihrer „demokratiefeindlichen Gesinnung“ müsse angestrebt werden. Selbst verpflichte man sich, keine Einladungen zu Podien anzunehmen, an denen Vertreter*innen der AfD teilnehmen. Bei Demos oder Infoständen werde man gemeinsam mit anderen Gruppen, „Gegenprotest“ organisieren.

Begründet werden die Forderungen unter anderem mit der „realen Gefahr für politisch Andersdenkende, für queere Menschen, für Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte“ durch die AfD. Ausgrenzung sei der einzige „moralische Umgang“ mit ihr.